

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

16 (20.1.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterfüllung des Zahlungsplanes, bei gerichtlicher Dretzung und bei Anrufen außer Kraft tritt o. Erlösungs- oder Gerichtsbeschluss 1. D. o. Schluß der Anzeigen-Nahme 6 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufsehkunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, ohne Zustellung 1,60 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gegen 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Weidstraße 28 o. Januar 1932/1931 o. Postfach 311111 Karlsruhe, Hauptstr. 9, D.-Baden, Jaghausstr. 12; Rahat, Rahatstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 16

Karlsruhe, Mittwoch, den 20. Januar 1932

52. Jahrgang

Französische Regierungserklärung

Die Drachensaat des Nationalismus geht in allen Staaten auf - Laval zur Reparations- und Abrüstungsfrage - Der Sozialist Frossard macht auf die Kriegsgerüchte aufmerksam - Leon Blum fordert Schiedsgericht

Paris, 19. Jan. (Eig. Draht.) Die französische Kammereröffnung wurde am Dienstag nachmittags um 3 Uhr bei stark beleuchtetem Hause und überfüllten Tribünen mit einer Rede des Kammerpräsidenten Bouisson eingeleitet. Die Rede ging diesmal über den gewöhnlichen Rahmen einer beratigen Kundgebung hinaus, indem sie auch zu den schwebenden außenpolitischen Fragen Stellung nahm.

Kammerpräsident Bouisson

führte u. a. aus: „Vor einigen Monaten haben Sie (zur Kammer) eine neue, nicht voraussetzende Verantwortung übernehmen müssen, als Sie den Vorschlag des Präsidenten Hoover billigten. Alle diese Probleme, die gelöst zu sein scheinen, sind jetzt von neuem aufgeworfen. Ich weiß nicht, welche Beschlüsse die Kammer fassen wird, aber der Präsident der Kammer glaubt, ohne aus der Zurückhaltung herauszutreten, die sein Amt auferlegt, bestätigen zu können, daß unser Land nicht von seinen Schuldverpflichtungen ablassen kann, ohne daß es die Gewähr einer entsprechenden Berücksichtigung seiner Schulden seitens seiner amerikanischen Gläubiger hat. Ich glaube in dieser Weise genau den Geist wiederzugeben, in dem alle diese Abkommen beschlossen und ratifiziert worden sind. (Lebhafter Beifall bei allen Parteien einschließlich der meisten Sozialisten. Frankreich hat stets seinen Friedenswillen bewiesen, sowohl bei den schwierigen Verhandlungen, von denen ich soeben gesprochen habe, als auch durch seine aufrichtige Mitarbeit in den internationalen Einrichtungen, vor allem dem Völkerbund. (Beifall auf allen Bänken. Die Linke verhöhnt die Rechte wegen dieses Beifalls.)

Französisch will sich nicht im internationalen Leben isolieren.

Aber weil es von einem tiefen Verständnisgefühl und von einer Sympathie befeuert ist, die angesichts der Schwierigkeiten und Leiden der anderen Nationen taftätig zu sein beabsichtigt und weil es immer zu einer durch die Notwendigkeiten bedingten Anpassung bereit ist, glaubt es fordern zu können, daß ausführlich diskutierte und feierliche verbindliche

Abkommen nicht durch den einseitigen Beschluß einer der beteiligten Parteien aufgehoben werden können. (Großer Beifall auf allen Bänken.) Hierauf betrat

Ministerpräsident Laval

die Rednertribüne und ging sofort auf die großen Probleme ein, indem er erklärte: Wir können für die Zukunft nicht Lösungen annehmen, die, ohne die Krise zu lösen, Frankreich in seinen wesentlichen Interessen und in seinem Recht schädigen würden, die durch feierlich abgeschlossene Verträge bestätigt sind. (Beifall rechts und in der Mitte, Schweigen links.)

Wir werden nicht das Recht auf Reparationen verjähren lassen.

Man verlangt von uns eine Generalkontingente zugunsten unserer Schuldner. Eine doppelte Pflicht ist uns auferlegt: Gegenüber den Generationen, die den Krieg mitgemacht haben, eine Pflicht der Billigkeit. Wir dürfen nichts von unseren Forderungen osfern, ohne eine entsprechende Erhaltung unserer eigenen Schulden. Gegenüber den künftigen Generationen: Wir müssen alle Abkommen einem gerechten Gleichgewicht der Produktion und Existenzbedingungen unterordnen. Dieses Gleichgewicht wäre aber gestört, wenn nach der Krise das Mißverhältnis zwischen den finanziellen und den finanziellen Lasten uns in der internationalen Konkurrenz in einen Zustand sicherer Unterlegenheit verfallen würde. Die Regierung wird bei allen Verhandlungen betreffend einer Anpassung der in Kraft befindlichen Schuldenabkommen an die Periode der wirtschaftlichen Depression sich strikt von jenen fundamentalen Grundsätzen leiten lassen, die das französische Parlament stets gebilligt hat.

Die nächsten Absätze der Erklärung beziehen sich auf die zur Schwächung der Krise in Frankreich zu eretzenden Maßnahmen. Der Schluß ist der Abrüstungskonferenz gewidmet. Die Erklärung verteidigt das französische Memorandum vom 15. Juli 1931

das jede Beschränkung der französischen Rüstungen von einer Erhöhung der Sicherheit durch die Achtung vor den Verträgen, Schiedsgerichtsbarkeit, genaue Differenzierung des Anreizers und gegenseitigen Beistand abhängt. (Beifall rechts, Schweigen links.)

Nachdem der Kammerpräsident die inzwischen angemeldeten Interpellationen verlesen hatte, erklärte sich der Ministerpräsident mit der sofortigen Diskussion

der Interpellationen einverstanden, die sich auf die Zusammenfassung der Regierung, die allgemeine Politik und die Außenpolitik der Regierung beziehen.

Der erste Interpellant, der radikale Abgeordnete Ledoux, der die Zusammenfassung der neuen Regierung kritisierte, rief durch seine humoristische Sprechweise wahre Heiterkeitsstürme im ganzen Hause hervor. Besonders groß war die Heiterkeit, als Ledoux in Bezug auf den neuen Außenminister Laval ausrief: „Nun leben Sie sich mal das an. An der Stelle Branda's sitzt Herr Laval. (Lauter Be-

denn genügend Autorität zu besitzen, glaubt er denn, daß die Mehrheit, an deren Treue er oft appelliert, ihn liebt?“ Ledoux schloß mit der Erklärung, daß er zu Laval und zu seiner Regierung kein Vertrauen habe, denn statt die Einigkeit der Parteien herbeizuführen, trenne Laval die Parteien.

Der Sozialist Frossard

macht als zweiter Interpellant zu Beginn seiner Rede auf die Kriegsgerüchte aufmerksam,

die über die Städte auf dem Lande verbreitet sind und die nach seiner Ansicht auf die Ohnmacht der Regierungen in internationaler Beziehung das Recht an die Stelle der Gewalt zu setzen, und auf die zahlreichen Kundgebungen zurückzuführen sind, die einer lokalen Achtung der Verträge widersprechen. Frossard kritisiert in scharfer Weise die Art der Regierungsumbildung, wobei man nur das Ziel verfolgte, ob Briand an der Macht bleibe. Laval habe übermäßig Verzicht ein Fortsetzungsangebot, über das er noch gar nicht verfügt habe, Verzicht habe das Anerbieten mit Recht abgelehnt.

Das gegenwärtige Kabinett sei das reaktionärste

der letzten Legislaturperiode. Mit dieser Regierung und ihrer Mehrheit könne keine Politik des Friedens gemacht werden. (Großer Beifall links.)

Leon Blum

der Führer der französischen Sozialdemokraten, erklärt, man dürfe die Erklärungen des Reichsanzalters Dr. Brüning nicht durch die Brille der Pressekommentare betrachten, sondern man müsse fragen, ob sie nicht dem französischen und dem englischen Botschafter gleichzeitig abgegeben worden seien. Der Reichsanzalters habe im Grunde genommen von der vorübergehenden Zahlungsunfähigkeit Deutschlands auf eine definitive geschlossen. Für ihn und für Deutschland sei die Reparationsfrage geregelt. Unter wiederholten Protestrufen von der Rechten des Hauses fragte Blum,

ob die verschiedenen Regierungen Frankreichs alles getan hätten, um die republikanischen und demokratischen Elemente Deutschlands zu unterstützen. Wenn Frankreich sich an den Buchstaben seines Rechts klammere, begünstige es die Propaganda Hitlers.

Die Ausführungen Blums wurden von rechtsstehenden Abgeordneten wiederholt unterbrochen. Blum meinte, daß der Streik darüber, ob Deutschland die Wiederaufbaukosten schon erledigt habe, einem

internationalen Schiedsgericht unterbreite

werden müsse. (Lebhafter Protest rechts.) Der Reparationsglaubigersanspruch Frankreichs sei berechtigt, aber

Deutschland könne wegen seiner gegenwärtigen Lage nicht zahlen.

Wolle die Regierung etwa zu der Politik des Zwanges und der Wänder zurückkehren? Er wolle nicht, daß der Vorschlag einseitig zerfallen werde, aber ebenjowenig, daß man ihn gewaltsam aufzwinge. Blum trat für die französische These ein, daß an die Vereinigten Staaten kein Centime mehr gezahlt werden dürfe, als Frankreich selbst von Deutschland erhalten werde. Zum Abrüstungsproblem übergehend erklärte Blum, wenn die französische Regierung bei der These, wie sie im Memorandum entwidelt sei, bleiben sollte, würde es sich nicht lohnen, die Abrüstungskonferenz zu beschicken. Frankreich würde dort nicht nur politisch, sondern auch intellektuell isoliert werden.

Was wird aus Lausanne?

Annäherung Englands an die französischen Verlangungswünsche

London, 19. Jan. (Eig. Draht.) Die inoffiziellen Bemühungen der französischen Regierung zur Vertagung der Lausanner Konferenz sind auch am Dienstag in London fortgesetzt worden. Man hofft hier, Frankreich von seinem Plan unter der Voraussetzung abbringen zu können, daß die Reparationskonferenz nur eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums um ein halbes oder ganzes Jahr beschließt, und zwar zu den Bedingungen, die seinerzeit auf der Londoner Konferenz vereinbart wurden, also mit Zahlung der ungeführten Annuitäten und ihrer Rückleitung an Deutschland.

Das englische Auswärtige Amt hat sich am Dienstag u. a. auch bemüht, Deutschlands Zustimmung zu den von ihm erstrebten Plan zu erreichen. Der deutsche Botschafter in London hatte zu diesem Zweck eine Unterredung mit dem englischen Außenminister.

Die Aussichten für die Lausanner Konferenz haben sich im Laufe des Dienstags wesentlich verschlechtert. In manchen Kreisen betrachtet man die Konferenz bereits als erledigt. Von englischer Seite wird jedoch erst am Mittwoch eine Entscheidung fallen.

Deutschland hält an der Lausanner Konferenz fest

CHB. Berlin, 19. Jan. Gegenüber der Hanas-Erklärung, in der eine Verlängerung des Hoover-Moratoriums angeregt und für den Fall dieser Verlängerung die Lausanner Konferenz als überflüssig bezeichnet wird, wird in hiesigen unterrichteten politischen Kreisen mit allem Nachdruck betont, daß Deutschland nach wie vor unter allen Umständen an dem baldigen Zusammentritt der Konferenz in Lausanne festhält.

Frick wieder Diener des „Systems“

Von Bayern in Gnaden aufgenommen

München, 19. Jan. (Eigenbericht.) Die bayerische Regierung selbst hat dem nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick ein großes Entgegenkommen bewiesen. Sie hat ihn auf seine Bitte mit Wirkung vom 1. Februar 1932 wieder in den Staatsdienst aufgenommen und unter Ernennung zum Regierungsrat erster Klasse bei der Regierung von Oberbayern als Mitglied des Oberverwaltungsamtes bestellt.

Damit ist Frick wieder aktiver Beamter des selben Staates, den er durch Hochverrat beseitigen wollte, weshalb er rechtskräftig verurteilt und später amnestiert worden ist. Diese Beamteneigenschaft hatte er bis zum 23. Januar 1930, wo er beim Eintritt als Innenminister in die thüringische Regierung seine Entlassung aus dem bayerischen Staatsdienst genommen hat, sich aber in einer besonderen Vereinbarung seine Rückkehr offen hielt. Seine Wiederaufnahme stand allerdings ganz im Belieben der bayerischen Regierung. Wenn sie seiner Bitte nun entsprochen hat, so kann man dies auf Grund der politischen Tätigkeit Fricks gerade in der letzten Zeit nicht anders als einen öffentlichen Skandal bezeichnen.

Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Frick bei Antritt seiner Staatsstellung in Thüringen vollkommen irreführende Angaben machte über die Bedingungen seines Ausscheidens aus dem bayerischen Staatsdienst zu dem alleinigen Zweck, um einen materiell möglichst günstigen Anstellungsvertrag mit dem Lande Thüringen zu erhalten. Diese Angaben haben sich im Laufe des Jahres 1931 bei Verhandlungen im Thüringischen Landtag als falsch herausgestellt. Nach seiner Entlassung aus dem Ministeramt in Thüringen bezog Frick vereinbarungsgemäß ein monatliches Ruhegehalt von 1188,47 Mark. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Mannheimer Rathausschlägerei

Nationalsozialisten schänden Deutschlands Namen

Mannheim, 19. Jan. Im Bürgerausschuß kam es heute nachmittags bei Beratung von Gebührensenkungen infolge nationalsozialistischer Zwischenrufe zu Zwischenfällen. Zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten entwickelte sich eine Schlägerei, bei der verschiedene Stadtverordnete blutig geschlagen und aus dem Saal herausgetragen wurden. Der Sitzungssaal wurde polizeilich geräumt.

Dieser sehr wenig aufschlußreiche Bericht des NAB, (das NAB ist immer sehr wenig aufschlußreich, wenn es sich um Feststellungen gegenüber den Nationalsozialisten handelt) wird durch folgende Mitteilungen der Neuen Badischen Landeszeitung ergänzt:

„Von der Tribüne herab beobachtete man, wie der sozialdemokratische Stadtverordnete Hettinger aus der Gruppe der Nationalsozialisten heraus einen Faustschlag ins Gesicht erhielt,

so daß ihm das Blut aus einer Wunde herabfloß. Vergebens be-

mühte sich der Oberbürgermeister mit einigen Stadträten und Stadtverordneten, die Streitenden auseinanderzubringen. Nach diesem

ersten Stieb von nationalsozialistischer Seite

nahm die Prügelei aber rasch einen stärkeren Umfang an, wobei schwere Tische und Bänke durcheinander gemorfen wurden. Es war ein unbeschreiblicher Tumult im Hause, an dem sich auch die Galeriebesucher stark beteiligten. Ein größerer Teil der Bürgerausschußmitglieder hatte mit den Beamten den Saal verlassen. Etwas sechs Minuten nach Ausbruch der Schlägerei erschien das alarmierte Polizeieinsatzkommando im Saal. Der Führer forderte zur Räumung der Galerien und des Saales auf und betonte, daß die Polizei gegebenenfalls mit Nachdruck die Räumung erzwingen werde. Es ereignete sich jedoch kein weiterer Zwischenfall, Tribünen und Saal wurden in Ruhe geräumt. Im Foyer standen die Mitglieder des Bürgerausschusses in Gruppen zusammen und erörterten in begreiflicher Erregung das unwürdige Vorkommnis.“

Verschärfte Zollmaßnahmen

Wie stehts mit den Kontrollmaßnahmen?

Amlich wird mitgeteilt:
Auf Grund des Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern kommen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausleichszuschläge zu erheben,
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, oder welches die deutschen Waren unbilliger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen. Von der Erhebung der erhöhten Zollsätze kann bis zur Dauer von höchstens 6 Monaten Abstand genommen werden, wenn mit diesem Lande Handelsvertragsverhandlungen schweben oder bevorstehen.

Man muß sich über die Tragweite dieser Ermächtigung klar werden. Vor allem darüber, daß diese Ermächtigung gegebenenfalls jeder Willkür Tür und Tor öffnet. Daß sich Deutschland gegen die Verschlechterung der Währung in wichtigen Industrie- und Handelsländern schützen muß, liegt auf der Hand. Ähnliche Schutzmaßnahmen haben andere Länder bereits früher getroffen. Es kommt aber alles darauf an, wie diese Schutzmaßnahmen angewandt werden. Mehr als je macht sich angeichts dieser weittragenden Ermächtigung das Fehlen der parlamentarischen Kontrolle bemerkbar.

Daß hier Kontroll- und Sicherheitsfaktoren eingeschaltet werden müssen, versteht sich von selbst. In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, daß mit Hilfe dieser Notverordnung den Anhängern der Autarkie, des Protektionismus und der Hochschutzzölle die Möglichkeit gegeben ist, die deutsche Handelspolitik zu zerschlagen, den deutschen Warenexport zu dezimieren. Millionen von Arbeitern und Angestellten werden dieses Spiel mit wichtigsten Interessen der deutschen Wirtschaft durch Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend bezahlen müssen.

Wenn der Reichspräsident der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 weittragende Ermächtigungen gegeben hat, so ist es selbstverständlich, daß entsprechende Kon-

trollen in Kraft treten müssen, die dafür bürgen, daß diese Ermächtigung nicht mißbraucht wird.

Die neue Butterzollregelung

WE, Berlin, 19. Jan. Die Reichsregierung hat den autonomen Butterzoll von 50 M auf 100 M für den Doppelzentner erhöht. Auf die Einfuhr aus Ländern, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, wurde gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten über außerordentliche Zollmaßnahmen vom 18. Januar 1932 ein Zuschlag von 15 Prozent des Wertes der Butter oder von 36 M je Doppelzentner eingeführt. Der dieser Berechnung des Zollsatzes zu Grunde gelegte Wert der Butter ist unter Berücksichtigung des Preises der Ware vor Sinken der Währungen unter die Goldparität auf 240 M je Doppelzentner angesetzt worden. Der Butterzoll für die Länder, mit denen das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, wurde auf 170 M je Doppelzentner festgesetzt. Der autonome Zoll für Quark aus Magermilch wurde auf 17 M je Doppelzentner erhöht.

Wenn auch gegen gewisse Zollausschlüsse gegenüber der Wareneinfuhr aus den Ländern, die sich vom Goldstandard gelöst haben, nichts einzuwenden ist, sofern sie sich in vernünftigen Grenzen bewegen, so ist doch jetzt, wo der wirtschaftspolitische Kampf zwischen den einzelnen Ländern immer größere Ausdehnung gewinnt, die Einführung neuer Kampfzölle besonders gefährlich und nicht geeignet, die internationale Wirtschaftsdpression zu überwinden. Wird der Landwirtschaft mit der Erhöhung des Butterzolls geholfen? Gewiß leidet die bäuerliche Veredelungswirtschaft schwer unter den jetzigen niedrigen Butterpreisen. Aber es ist ein Irrtum, annehmen zu wollen, daß durch die Erhöhung der Buttereinfuhr ihre Lage gebessert werden kann. Jede Erhöhung des Butterpreises steigert die Abwanderung vom Buttererwerb zum Margarineverbrauch. Schon jetzt ist der Butterabfall in den Städten um rund 15 Prozent gefallen. Es ist daher eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß durch eine Befreiung der ausländischen Einfuhr die Lage der deutschen Landwirtschaft gebessert werde.

Eine Besserung der Lage der Landwirtschaft ist daher nur möglich durch eine Steigerung der Kaufkraft der Verbraucher, nicht aber durch die Herbeiführung einer Autarkie, wie es die Wirtschaftspolitiker meinen.

Schwabens Nazi rebellieren

Offener Aufstand gegen die Nazileitung

Stuttgart, 19. Jan. (SPD.) Im Gau Württemberg der Nationalsozialistischen Partei sind schwere Differenzen ausgebrochen. Eine aus etwa 1000 Anhängern

darunter auch Teile der SS, bestehende Oppositionsgruppe hat bei dem Stuttgarter Spitzenkandidaten der letzten Gemeinderatswahl, Hauptmann a. D. Strölin, ein Memorandum mit 20 Punkten überreicht, dessen Erfüllung verlangt wird. Er wurde aufgefordert, eine Stellungnahme der Ortsgruppe Stuttgart und des Gauess Württemberg dazu herbeizuführen. Antwort war bis zum letzten Samstag verlangt worden. Nachdem diese Frist ohne Erteilung einer Antwort verstrichen war, hat die Opposition beschlossen, in einer

öffentlichen Versammlung und durch Flugchriften auf die Mißstände bei den Führerkreisen und bei der Vergütung der württembergischen Posten und Mandate hinzuweisen.

In den 20 Punkten ist als Hauptforderung die sofortige Entfremdung des Gauleiters Reichstagsabgeordneten Murr enthalten, dem Korruptionswirtschaft vorgeworfen wird. Die Oppo-

sition ist aber auch mit dem SA-Gruppenführer Südwest, v. Jagow, nicht zufrieden, der ein ausgesprochenes Konjunkturpolitiker sein soll und dessen sofortige Entfernung verlangt wird.

In weiteren Punkten der Denkschrift wird die Sauberkeit und Sittlichkeit der Führer in einem eigentümlichen Licht gezeigt. Gemiffen Parteiprominenten wird der Vorwurf gemacht, daß sie größeres Interesse für die weiblichen Hilfskräfte

des Parteibüros als für die Parteiangellegenheiten hätten. Auch mit dem Parteiblatt, dem NS-Kurier

ist man nicht zufrieden. Es wird gefordert, daß die Zeitung sofort dem Besch des Abg. Murr entzogen und direkt von der Partei übernommen wird. Sonst müsse das reichlich ver-schuldete Unternehmen schweren Tagen entgegengehen.

Die Reichsparteileitung in München hat schon einen Kundschafter nach Stuttgart geschickt, der die Verhältnisse in der Stuttgarter Ortsgruppenleitung und im Gau Württemberg eingehend prüfen soll.

Bankgesetze im Haushaltsausschuß

Zurücksendung der Reichsregierung — Scharfe sozialdemokratische Bedenken

Berlin, 19. Jan. (Gla. Meldung.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Dienstag seine Beratungen wieder auf. Die Nationalsozialisten blieben wieder fern, die Deutschnationalen waren erschienen. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete der sozialdemokratische Antrag betreffend Änderung des Bankgesetzes.

Mit ihm verbunden wurde eine Ausdrucksfrage über die Gehaltung des Einflusses der Reichsregierung auf das Bankwesen überhaupt. Der Reichsbankkommissar, der sich zuerst äußerte, gab zu verstehen, daß er der Schaffung einer Zentralbank zur Abwicklung der den verschiedenen Banken angedehnten Kredite ablehnend gegenüberstehe. Reichsfinanzminister Dietrich verbreitete sich über das ganze Bankwesen, das durch die Wirtschaftskrisis aufgerollt worden sei. Ueber den Umfang der Belastung der einzelnen Institute, wie der gewerblichen Genossenschaftsbanken, der Landwirtschaft usw. ließe sich öffentlich nichts reden. Eine wichtige Frage sei die, wie die vom Reich angeordneten Garantien abgedeckt werden sollen. Vom Februar ab seien die der Dresdener Bank angeführten Schatzanweisungen mit 12 Millionen monatlich fällig. Es seien Pläne in Vorbereitung, die etwas Neues darstellten. Näheres sagte der Minister darüber nicht. Dagegen teilte er mit, die Tendenz der Reichsregierung gehe dahin, den Einfluß der Reichsregierung auf die Banken wieder abzubauen. Es sei freilich fraglich, wann dieser Zweck erreicht werde.

Gegen diese Absicht erhob Abgeordneter Hilderding (So.) sofort starke Bedenken.

Hilderding erklärte, bei dem ersten Schritt sei die Reorganisation frei gewesen, bei dem zweiten Schritt sei sie knecht. Die Regierung müsse jetzt, nachdem 60 Prozent des Kreditapparates öffentlich kontrolliert werden, auf die Kreditgewährung Einfluß erhalten. Die Entscheidung über das Schicksal der Danabank und der Dresdener Bank müsse bald getroffen werden.

Der Staatspartei Dr. Stolper sagte an dem Beispiel Italiens dar, daß bestimmte Methoden der Staatsbankrott untauglich seien.

Die Banca Commerciale sei zu einer schweren Belastung für den Reichismus geworden. Stolper wandte sich schließlich grundsätzlich gegen Dauereinstufung des Staates.

Auf Vorschlag Hilderdings wurde schließlich ein Unterausschuß eingesetzt zur Beratung der vertraulich zu behandelnden Fragen und zur Vorbereitung von Vorschlägen. Im übrigen wurde der sozialdemokratische Antrag auf Reform des Bankwesens dem Rechtsausschuß überwiesen.

Weiter wurde ein Antrag der Deutschen Volkspartei beraten, der verbindlich will, daß die Industrieumlage, die der Osthilfe zugute kommt, für 1932 in einem höheren Satz als 1931 erhoben wird. Bei der unbilligen Wirtschaftslage und nach der Erhöhung der Unterchiedsrate für die Umlagepflicht dürfte jedoch die Befreiung des vorläufigen Umlagegesetzes eine Verminderung des Ertrags um die Hälfte bedeuten und dieser Betrag müßte aus der Reichskasse gedeckt werden. Da der Reichsfinanzminister erklärte, dafür keine Deckung zu haben, wurde der Antrag zunächst zurückgestellt.



Frankreich verleiht seinem Vertreter in München Gefandtenrang. Graf Vefèvre d'Ormesson, seit 1925 französischer Gesandter in München, ist jetzt von seiner Regierung in den Rang eines Gesandten 1. Klasse und demnach demnächst Minister erhoben worden. Von Seiten Frankreichs wird angegeben, daß es sich dabei lediglich um eine Rangserhöhung des Gesandten handele und nicht geplant sei, eine eigene Gesandtschaft in München zu errichten.

„Geisteswaffen“ des Hakenkreuzes

Hanau, 19. Jan. (SPD.)

Im benachbarten Arbeiterwohnort Rüdigen hielten die Nationalsozialisten eine öffentliche Versammlung ab, zu der ein größerer Trupp Hanauer SA-Leute als Saalbesitzer bestellt war. Auf der Straße zwischen Hanau und Rüdigen sah die Polizei die Anmarschierenden ab und nahm eine Durchsuchung nach Waffen vor. Sie führte zur Beschlagnahme folgender „geistiger“ Waffen:

5 Scheintatpistolen, 3 Schlagringe, ein Ohrensteiner, ein Gummischlauch mit Eisenbeuge, ein Gummischlauch, an dessen einem Ende ein Messer und am anderen Ende ein schweres Eisenstück befestigt war, ein Schulterriemen, an dem sich ein großer Hausschlüssel befand, eine Anzahl großer Schraubenschlüssel, sowie eine Menne Koppel mit schweren Karabinerhaken.

Die „rauen Kämpfer“ wurden zur Feststellung ihrer Personalien zur Polizeiwache gebracht.

Naziüberfall in Berlin

Berlin, 20. Jan. (Mündlich.) Am frühen Morgen des Dienstag wurde in Berlin-Reinickendorf die Kolonie „Helsen“ von Nationalsozialisten überfallen. Die Opfer waren zwei Tote und mehrere Verwundete.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter berichtet darüber, daß er nachts gegen 1 Uhr eine Reihe Leute in Windjacken beobachtet hat, die den linken Unterarm erhoben und ihn als Stütze für die in der Rechten befindlichen Pistolen benutzten.

An dem Überfall auf die Laubentkolonie dürften mindestens 50 Nationalsozialisten beteiligt gewesen sein.

Nationalsozialist in Essen erschossen

WE, Essen, 19. Jan. In den Abendstunden entstand hier zwischen mehreren Kommunisten und Nationalsozialisten eine Schlägerei. Der 21jährige alte Nationalsozialist Arnold Guie wurde durch einen Schuß in die Lunge getötet, vier weitere Personen wurden verletzt, darunter eine ältere Frau und ihr Sohn, der der NSDAP angehört. Eine Anzahl Personen ist festgenommen worden.

Nationalsozialistischer „Theaterintendant“

Ein würdiger Repräsentant der Moral des Dritten Reiches

Stuttgart, 18. Jan. (SPD.) Vom Schöffengericht in Cannock wurde der 32jährige Schauspieler Ernst Haag von Chlingen, Leiter der NS-Bühne, die unter dem besonderen Protektorat des Reichstagsabgeordneten Murr stand, und in den verschiedensten Orten Württembergs Vorstellungen gab, wegen Blutschande um 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte eine um 27 Jahre ältere Frau geheiratet und deren 17jährige Tochter, die sie mit in die Ehe brachte, geschwängert.

Nationalsozialistischer Schriftleiter verurteilt

Wegen Verleumdung Hilderdings bezüglich Keemisma-Konzern

WE, Frankfurt a. M., 19. Jan. Das Frankfurter Gericht verurteilte den verantwortlichen Schriftleiter der in Schloß (Blatt) erscheinenden nationalsozialistischen Tageszeitung NS-Z. Rheinfront, Josef Hübner, wegen übler Nachrede zu 300 Mark Geldstrafe bzw. 10 Tagen Gefängnis. Der Anklage lag ein Artikel in dem genannten Blatt vom 24. April 1931 unter der Überschrift „Hilderding 100 000 und die Pfälzische Post“ zugrunde. Der Artikel behandelte in polemischer Form die fälschlich auch im Karlsruher Lexikon, Prospekt bekannt gewordenen Vorgänge über den Nachlaß von Steuerhelfern der Firma Walzari in Baden-Baden nach ihrer Übernahme durch den Keemisma-Konzern. Es war die Behauptung aufgestellt worden, der frühere Reichsfinanzminister Hilderding sei im Ausschussrat des Keemisma-Konzerns gewesen und habe 120 000 Mark Anteile bezogen. Ministerialdirektor Ernst sagte als Zeuge aus, Dr. Hilderding habe durch den Steuernachlaß keinerlei finanzielle Vorteile erlangt und sei auch nicht Mitglied des Keemisma-Ausschussrats gewesen. Dem Nebenkläger Dr. Hilderding wurde das Recht zurkannt, das Urteil in drei Zeitungen zu veröffentlichen.

Dauerausführungstatistik der Nationalsozialisten

Groß-Gerau, 19. Jan. (Gla. Draht.) In einer Versammlung in dem kleinen Städtchen Groß-Gerau erklärte der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion des hiesigen Landtags, Lens, daß seine Fraktion bei der ersten sich bietenden Gelegenheit für die Auflösung des hiesigen Landtags stimmen werde.

Verhegte Studenten hören Vorlesung

WE, Halle, 19. Jan. Die Verlesung des im Zusammenhang mit dem Unfriedenskonflikt in letzter Zeit vielgenannten Buchs der Theologie, Dehn wurde heute abend dadurch gestört, daß ein Student auf dem Korridor vor dem Hörsaal einen sogenannten „Kanonenschlag“ zur Explosion brachte. Der Täter flüchtete, wurde aber von dem Pöbel festgenommen.

Dames Leiter der Reconstruction Finance Corporation

Washington, 19. Jan. Zum Leiter der neuen Reconstruction Finance Corporation ist Volskhafter Dames von Präsident Hoover ausserwählt worden. Präsident Hoover hat an seiner Stelle Staatssekretär Silliman mit der Führung der amerikanischen Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz beauftragt.

Zahlungseinstellung

Die Württembergische Spar- und Hypothekbank A.G. Künzelsau hat ihre Zahlungen eingestellt und beantragt, einen Liquidationsvergleich, bei dem sie die Einleger nach Möglichkeit der Außenstände allmählich befriedigen zu können hofft.

Kürzung der Beamtengehälter im Saargebiet

WE, Saarbrücken, 19. Jan. Die Dienstbesüge der staatlichen Beamten werden vom 1. Februar ab um 7,75 bis 7,5 Prozent gekürzt. Ruhegehälter, Hinterbliebenenbesüge und Gemeindebeamtengehälter werden ebenfalls herabgesetzt.

Erste Etappe des Rheinseitenkanals nahezu beendet

DE, Rembs, 18. Jan. Die erste Etappe des bei Rembs beginnenden Rheinseitenkanals, der Bau des Wasserkraftwerkes von Rembs, ist nahezu vollendet. Mit ihm geht auch das erste Teilstück des Seitenkanals der Vollendung entgegen. Der französische Staat liegt ein Gebotensdruck vor, der die notwendigen Mittel bewilligen soll. Der französische Staat soll danach der Kanalgesellschaft für jeden Abschnitt eine Subvention von 150 Millionen Schweizer Franken in fünf Jahresraten zahlen. Als Gegenleistung erhält der Staat 20 Prozent des Aktienkapitals.

Arbeitsgericht Karlsruhe

Sitzung vom 14. Januar 1932.

Die Arbeiterkammer des Arbeitsgerichts Karlsruhe unter Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. Dänzer-Banotti hatte sich zwar mit einer kurzen, aber für Betriebsräte immerhin interessanten Tagesordnung zu beschäftigen. Zur Verhandlung standen zwei Punkte und zwar erstens: Einspruch eines Betriebsratsmitglieds gegen seine Kündigung und zweitens eine Forforderungsklage.

Der erste zur Verhandlung stehende Fall dürfte unsere Betriebsräte ganz besonders interessieren. Das Betriebsratsmitglied Fr. B., die Klägerin, wurde im September vorigen Jahres von ihrem Arbeitgeber, dem Inhaber einer Bahnhofs-Wirtschaft, entlassen. Der Beklagte hat die abfällige Entlassung dem Betriebsratsvorsitzenden mitgeteilt und hat ihm gesagt, daß die Klägerin ihm, dem Beklagten gegenüber sich geäußert hätte; sie wolle ihre Stelle gutmütig abgeben und auf alle ihre rechtlichen Ansprüche verzichten. Der Betriebsratsvorsitzende glaubte dann, Kleinmütigkeit auf Grund dieser Aussage, eine Betriebsratsitzung nicht einberufen zu müssen und ließ sich die Zustimmung zu dieser Entlassung nur von einigen Betriebsratsmitgliedern beschaffen. Erst nachdem die Klägerin, die in der Zwischenzeit nach Bayern verzogen ist, beim Arbeitsgericht Karlsruhe durch ihre Organisation feststellen ließ, ob sich ihre Entlassung mit dem Betriebsratsgesetz vereinbaren lassen würde, hat der Betriebsrat am 12. Dezember 1931 in einer vollstän-digen Sitzung zu ihrer Entlassung die Zustimmung erteilt.

Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die Entlassung im September unglücklich war und das Arbeitsverhältnis also bis am 12. Dezember weiter bestanden hat. Es wäre im September schon die Pflicht des Betriebsratsvorsitzenden gewesen, sofort eine Sitzung einuberufen, um zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, vielleicht hätte damals schon durch die Aussprache ein anderes Resultat zustande kommen können.

Nach kurzer Beratung hat das Arbeitsgericht einen Vergleichsvorschlag gemacht, derselbe wurde aber von den Parteien abgelehnt. Das Urteil fällt das Arbeitsgericht dem Klageantrag entsprechend dahin: Es wird festgestellt, daß das Arbeitsverhältnis bis zum 12. Dezember 1931 weiter bestanden hat und daß der Lohn sowie die Urlaubsergütung bis zu diesem Tag der Klägerin weiterbezahlt werden muß; Streitwert 422,47 M. die Kosten hat der Beklagte zu tragen.

In der mündlichen Begründung des Urteils wurde besonders darauf hingewiesen, daß, wenn auch die Klägerin sich wirklich dem Beklagten gegenüber geäußert haben sollte, sie verzichte auf alle ihre rechtlichen Ansprüche, so würde das so viel wie gar nichts bedeuten, denn ein Verzicht auf die aus dem Betriebsratsgesetz entfallenden Rechte gibt es nicht.

So hat selbst das Reichsarbeitsgericht durch eine Entscheidung diese Frage schon längst beantwortet. I. S.

Verwahrlosung und Prostitution

Prof. Dr. Gregor hielt kürzlich in der Karlsruher Ortsgruppe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einen Vortrag über obiges Thema. Er führte dabei u. a. aus: Die Verwahrlosung der Jugendlichen ist eine durch äußere und innere Ursachen entstandene feilsche Verfassung, aus der sich fortgesetzt sittliche Verfallsstufen ergeben, die ihrerseits wieder zu tieferem moralischem Abfall führen. In diesem Zustand können die Jugendlichen sich selbst helfen, weil ihr Handeln dabei bereits die Form des Gewohnheitsmäßigen angenommen hat. Die traurigsten Bilder von Verwahrlosung liefern jene Typen, welche wir bei gefallenen Mädchen finden. Man sieht hier Zerfall der Lebenskräfte Jugend und ehler Weiblichkeit. Geschlechtskrankheiten untergraben nicht nur die Gesundheit, sondern bilden auch das drohende Gift einer Rassenverfälscherung. An Stelle des Erbes geistig und körperlich schöner Menschlichkeit, die zu persönlichen Liebesbeziehungen führt und Voraussetzung der Eingabe wird, sieht man ein egoistisches Streben der Gellust, das der Verführung den Weg ebnet. Versteht man, Oberflächlichkeit, Sinnlichkeit, aber auch Unwissen und Mangel sittlicher Entwicklung — oft Schuld der Eltern — bestreiten die Schranken der Sitten und Schamhaftigkeit. Jugendliche, Schutzlosigkeit und Hilfslosigkeit legen die infolge Erbes der Erwachsenden oft zu spät ein, um die Katastrophe zu verhindern. Man muß tief in die selbstlose Tätigkeit der Schwärmer, Erzieherinnen, Helferinnen und Fürsorgerinnen abtauchen, um die ganze Tragweite der in den Erziehungsheimen geleisteten Arbeit zu ermessen. Es gehört zu den erhabendsten Einbrüchen, den stillen Wiederbau des sittlichen Lebens zu verfolgen. Voraussetzung hierfür ist freilich das Gefühl des inneren Wertes, das Ehrgefühl. Hier liegt die Grenze zwischen dem sexuell verwahrlosten Mädchen und der Prostituierten, bei der wohl Schaden verhängt werden kann, aber ein innerer Aufbau meist nicht mehr möglich ist. So stellt die Prostitution einen höheren Grad sexueller Verwahrlosung dar. Bei der Minderwertigkeit der Prostituierten auf moralischem, vielfach auch auf intellektuellem Gebiet kommen auch Forderungen der Rassenbiologie in Frage. Dabei muß das Ziel sein, rechtzeitig jene Individuen zu erfassen, welche das größte Kontingent von Prostituierten ergeben, die sexuell verwahrlosten, und es bedeutet falsche Sparpolitik, Verwahrlosten jene Hilfe zu verweigern, die ihnen nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz zusteht. Dieses Verdict rächt sich mittelbar am Volksganzen. Zudem werden die Kosten vervielfacht, was allein aus der Tatsache folgt, daß heute die meisten sexuell verwahrlosten Mädchen auch geschlechtskrank sind.

(:) Ein seltenes Familienfest. Am gestrigen Dienstag feierten Privatier Christian Bäuerle und seine Gattin Mathilde geb. Haußer die Eisenne Hochzeit. Der Jubilar konnte zugleich seinen 95. Geburtstag begehen. Er erfreut sich einer erfreulichen körperlichen und geistigen Frische, während Frau Bäuerle schon längere Zeit leidend ist.

Veranstaltungen

Frauentag und Frauentiden. Über dieses lebenswichtige Thema spricht der bekannte Arzt Dr. med. Gild vom Sanatorium Brantfels-Bahn am Donnerstag den 21. Januar im unteren Rodard-Saal. Die Presse berichtet die Vorträge: Die Besonderheit der Gedanken und die verständig humanistische Art des Redners machten die Abende besonders wertvoll (Rolle der Zeit). Dr. med. Gild verhandelt über dieses Thema nicht nur aus der Sicht zu nehmen, sondern auch vorerst zu helfen, daß die Dörfer des westlichen Saales wie selten in einem Vortrag gebannt waren (Stille der Tageszeitung). Siehe Anzeigen.

Kulch

Öffentliche Versammlung. Unsere am Samstag stattgefundene öffentliche Versammlung war gut besucht. Der Referent des Abends, Genosse K. Leiner, gab in andermalständigen Ausführungen in leichtverständlicher Art einen Überblick über das Arbeitslosenversicherungsgesetz, sowie über die Arbeitslosenversicherung. Mit großer Aufmerksamkeit wurde von den Anwesenden der Vortrag entgegengenommen. Der Referent ist ein guter Kenner dieser Materie, er konnte seine Ausführungen durch praktische Erfahrungen ergänzen. Es wurde dem Genossen nicht nur vom Versammlungsleiter, sondern auch von allen Disziplinaren herzlich dank für seinen instruktiven Vortrag entgegengebracht. Der Vorsitzende gab nun bekannt, daß, wenn jemand noch im Rahmen des Vortrages etwas Klärung fragen helfen wolle, diese vom Referenten im Schlusswort beantwortet werden. Einige anwesenden Kommunisten, die dem Referenten für den Inhalt seines Vortrages ihre volle Anerkennung aussprachen, glaubten noch nebenbei ihr Klärungsfragen stellen zu können, was der Referent nicht zuließ. Nachdem der Referent noch einige gestellte Fragen beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende gegen 11.30 Uhr die Versammlung.

Die Polizei berichtet:

Betriebsunfall

Gestern Abend stieß Ede Kronen- und Bähringerstraße ein Motorradfahrer mit einem Perionentraktorenwagen zusammen; hierbei wurde eine auf dem Rücksitz des Motorrads sitzende Frau zu Boden geworfen, wobei sie eine Gehirnerschütterung erlitt und ins Städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. Nach den bisherigen Feststellungen trägt der Motorradfahrer die Schuld an dem Zusammenstoß, weil er das Vorfahrtsrecht des Perionentraktorenwagens nicht beachtete.

Auf freier Tat erappt

In vergangener Nacht wurde ein 23jähriger Mechaniker von hier von einem Passanten betreten, wie er im Begriff war, ein Verkaufshäuschen in der Südstadt zu zerbrechen. Er wurde von dem inswischen herbeigeeilten Notruf ins Gefängnis eingeliefert.

Brandschaden

Am Dienstag Abend gegen 8 Uhr entstand aus bis jetzt noch unbekannter Ursache in einem in der Wolfartsweierer Straße gelegenen Lagerhuppen ein Brand. Es verbrannten eine größere Menge Raubhols und Gerüstlatten. Der entstandene Schaden ist beträchtlich. Die herbeigeeilte Feuerwehr konnte nach zweistündiger Tätigkeit unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abziehen.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Das im Südwesten gelegene Hochdruckgebiet hat sich jetzt nach Mitteleuropa verlagert und beherrscht in weitem Umkreis die Witterung. Für die nächsten Tage steht daher Fortdauer des trockenen Hochdruckwetters in Aussicht.

Wetterausblick für Donnerstag, 21. Januar. Meist heiter und trocken bei westlichen Winden. Nachfröste, am Tage noch ziemlich mild. Hochdruckgebiet Alpengebiet.

Wasserstand des Rheins

Basel plus 26; Waldshut 22,2; a. 6; Schutterinsel 81, a. 8; Rehl 235, a. 7; Mainz 418, a. 8; Mannheim 325, a. 10 Strm.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

heute Hauptversammlung

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum „Elefanten“ unsere fällige Hauptversammlung statt. Tagesordnung:

„Deutschlands außenpolitische und innenpolitische Lage.“
Referent: Reichstagsabg. Gen. Schumacher, Stuttgart.
Ersichtigt zahlreich!

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion

Freitag, 22. Januar, abends 8 Uhr, im Stadtratskingsaal Fraktionsitzung.
Bezirksführer

Heute abends 7.30 Uhr treffen sich die Bezirksführer im „Elefanten“ zum Empfang des Werbematerials. Rein Bezirk darf fehlen.

Bezirk Alt-, Mittel- und Südstadt

Der Bescheid findet Donnerstag abends 8 Uhr in der Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt, Karlsriedrichstraße 22, statt. Das Referat hält Gen. Böhlinger. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Bezirk Mühlburg

Den Parteigenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß unsere Bezirksgeneralversammlung am Montag, den 1. Febr., abends 8 Uhr, im Lokal zum „Elefanten“ stattfindet. Um pünktliches Erscheinen und mündliche Weiterbreitung unter den Parteimitgliedern wird ersucht. Anträge sind bis 30. Januar an den Genossen Genß, Lamenstraße 57, einzuwenden.

Arbeiterwohlfahrt

Heute Mittwoch abends 7 Uhr dringende Vorstandssitzung im Büro, Karlsriedrichstraße 22.
Die Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt findet am Donnerstag, 4. Februar statt. Näheres siehe Interat.

Theater und Musik

Badisches Landes-theater. Die Festspielzeit soll auch in diesem Jahr wieder wie bereits alljährlich den Landes-theaters Gesellenzeit geben, ihre Geschlossenheit auf dem Gebiete der Ausübung vornehmer Kunst zu zeigen. Das beim Publikum reich beliebt gemordene Volksstückabarett wird von Freitag, 5. Febr. ab für einige Tage den Spielplan des Bad. Landes-theaters bezeichnen und seinen Besuchern, Gelegenheitsbesuchern, in einigen Stunden trober Laune sich den Bedrückungen und den Sorgen des Alltags zu entziehen. Eine Reihe wirkungsvoller Nummern auf musikalischem, darstellerischem und tänzerischem Gebiet sind in Aussicht genommen und die ersten Kräfte der Oper- und des Schauspielers sind mit Eifer am Werk, sie zu gestalten. Selbstverständlich trägt das Programm dieser bunten Bühne einen durchaus belernden Charakter und die Lustigkeit der Darbietungen geht bis zur Grotesk — ohne, wie dies bei den Festspielveranstaltungen des Landes-theaters Voraussetzung ist, die vornehmste Einsicht zu verlieren. Aus der Fülle der Nummern sei hervorzuheben eine humoristische Kurserie „Der Hühnerbraten“, eine „Schneefallerei“, die bekannte Gestalten bringen wird. „Complet“ von Nelly Rabemacher und von Hermann Brand über Karlsruhe Figuren, eine neuartig zusammengestellte „Musikwelle“, eine „Rundfahrt durch Karlsruhe“, die bisher unbekannte Entdeckungen bietet, ferner ein Stesck „Wer wirbt?“ sowie Duette, Gesänge und Tänze. Als Anlager wird wie in den Vorjahren Fritz Baumbach erscheinen.

Badisches Landes-theater. Heute Mittwoch, 20. Januar, gelangt die Operette „Die Prinzessin auf dem See“ von Johann Strauß (Text von Hans Raus) zum achten Male zur Aufführung. Verdis neuinszenierter „Troubadour“ wird am Donnerstag, 21. Januar, am Freitag, 22. Januar, zum erstenmal wiederholt. Am Schauspiel kommt Johann am Samstag, 23. Januar, Molieres komische nicht mehr geübene Komödie „Der Misanthrop“ mit der einaktigen Komödie „Die Heirat wider Willen“ neuinszeniert zur ersten Wiederaufführung. — Als Sonntag-Nachmittagsvorstellung geht am 24. Januar im Landes-theater das Singspiel „Im weißen Rößl“ und als Abendvorstellung Bucinis Oper „Tosca“ in Szene, während abends im Konzerthaus die neuinszenierte Operette „Der Vetter aus Dingsda“ von Kühnede zum erstenmal wiederholt wird.

Letzte Nachrichten

Amerika und das Schuldenproblem

Paris, 20. Jan. (Funkdienst.) Wie die diesrige Ausgabe des Neuport-Berichts aus Washington meldet, hat das Staatsexportement den Botshafter Edge damit beauftragt, der französischen Regierung die Antwort auf ihre Anfrage, ob Amerika bereit ist, in eine Verlängerung des Hooveratoriums einzuwilligen, zu überbringen. Die Antwort lautet dem Sinne nach, daß die amerikanische Regierung sich nicht verpflichten könne, ein neues Hooveratorium zu versprechen und daß die Pariciführer des Kongresses das Weiße Haus vor jeder Ausdehnung des Hooveratoriums gewarnt hätten. Europa müsse das Schuldenproblem ohne jede Intervention der Vereinigten Staaten regeln.

Reichsbannerverjammlung in forbach

Wir greifen an! Dies war das Thema einer öffentlichen Reichsbannerverjammlung, die im hinteren Murgtal, in Forbach, abgehalten wurde. Der Sitzsaal in Forbach war dicht besetzt, als Kamerad Bunsch-Bernersbach dem Karlsruher Kameraden Stus das Wort zu seinem Referat erteilte. Kam. Stus führte aus, daß das Jahr 1932 in der deutschen Geschichte eine sehr wichtige Rolle spielen wird, es wird und muß in diesem Jahre die Entscheidung zwischen Republik und Diktatur fallen. Er bemerkt, wie jene Kräfte, die 1914 mitbalken, den Krieg zu entfachen, seit 1918 die Republik verächtlich machen und der Republik für alle Unbill und Krisen in den letzten Jahren die Schuld in die Schuhe schieben. Die NSDAP, die seit dem Septemberrückzug 1930 durch ihre Politik und Grobmutigkeit das Ansehen Deutschlands schmerzlich schädigt und die allgemeine Krise verschärfen helfen. Der Redner wies nach, daß es in Deutschland genau so kommen wird, wie in Italien, wo mit Blut — Eisen alles niedergestampelt wird, was anderer Meinung ist wie der Faschist Mussolini. Auch in Deutschland ist es soweit, daß sich die anscheinend Menschlichen lassen, nun aber Schluß, jetzt werden wir uns mit den gleichen Mitteln verteidigen, mit denen wir angegriffen werden. Mit einer Aufforderung, auch in Forbach die eiserne Front zu bilden und sich einzureihen in die Reihen der kämpfenden Republikaner schloß Kam. Stus seine inhaltreichen Ausführungen.

In der anschließenden Diskussion sprachen, da sich keine Gegner meldeten, die Kam. Schira-Gernsbach und Sammel-Karlsruhe, die beide die Ausführungen des Kam. Stus ergänzten, sowie einige Punkte noch erläuterten. In einem Schlusswort forderte der Referent nochmals zur Bildung der eiserne Front auf. — Der Erfolg der Verjammlung war ein guter, es meldeten sich sofort eine schöne Anzahl Mitglieder an, so daß der vorläufige Vorstand sofort gebildet werden konnte. Die Kameraden nahmen sofort die Tätigkeit auf; auch in Forbach heißt es jetzt:

Wir greifen an!

Gemeindepolitik

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister in Oberweier

Bei der am Sonntag stattgefundenen Bürgermeisterwahl in Oberweier bei Rastatt wurde der sozialdemokratische Kandidat Valentini C. Jele mit 248 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Sein nationalsozialistischer Gegenkandidat erhielt 145 Stimmen.

Trotz der Aufschneiderei der Nazis für den schon bestimmten festen Sieg in der Badischen Presse, im Rastatter Tagblatt und im Murgtalbote mußten sie eine derartige Niederlage einstecken. Die Wut ist eine ungeheure, wie sie durch Mißhandlung der Polizeibediensfrau und sonstigen Schikanen zum Ausdruck kam. Selbst die Frömmigkeit hat davor nicht geschützt.

Gemeinderatsbeschlüsse

Berghausen (Sitzung vom 15. Januar)
Gustav Doll, Landwirt, wird auf Grund des angeborenen Bürgerrechts als Bürger aufgenommen. Die Berechnung des Gebühlerminderlohns wird aufgegeben und ist derselbe wie folgt festgesetzt: Vollbürger 15,50 M., Bürgerwitwen 9 M. Die Gemeinde tritt dem neugegründeten Obst- und Weinbauverein als Mitglied bei, an gleicher Zeit tritt er aus dem Verein Badische Heimat aus. Von der Einladung zum Wohlhabendenskonzert von Schröder — Arbeitergelangverein zugunsten der Winterhilfe wird dankend Kenntnis genommen.

Sport

Forbach I — Union Karlsruhe I 3:3

Union Karlsruhe zeigte am Sonntag einen wunderbaren Fußball. Besonders hervorragend war der Sturm, welcher zeigte, was technisches Spiel ist. Schiedsrichter konnte auf betriebigen.

Ruhheim — Leopoldshafen 5:0

Das Spiel wurde nicht ganz im Sinne der Arbeiterpolitik ausgetragen. Ruhheim schloß heute Tore nach Belieben; die 2. Mannschaften trennten sich 2:0 zugunsten von Leopoldshafen.

Verschiedenes

Eichhörnchen beschädigen Telefonleitungen. Daß die niedlichen nistenden Vögel sich sogar an Metalle heranmachen, sollte man kaum für möglich halten, aber verschiedene Beobachtungen haben diese schon oft geäußerten Vermutungen bestätigt. Im Bezirk der Oberpostdirektion Halle haben Eichhörnchen die hochgelegenen Telefonleitungen dadurch beschädigt, daß sie in einer Höhe von etwa sechs Metern über dem Erdboden die 2 Millimeter starken Bleimantel der Röhre angriffen. Es gelang den Eichhörnchen, Löcher von 1 bis 2 Zentimeter Länge und etwa 1 Zentimeter Breite in die Bleihüllen zu fräsen. Durch einbringende Feuchtigkeit wurden verschiedentlich Störungen in der Leitung verursacht.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 20. Januar 1932.
Badisches Landes-theater: Die Prinzessin auf dem See, 20 Uhr.
Colosseum-Theater: Die fünf Raimel, 20 Uhr.
Giulia-Palast: „Die Mutter der Bräutigam“, Tonbildprogramm.
Kammer-Theater: Mameia, Die Wanderer.
Volkstheater: Ein Auto und kein Geld, Bildprogramm.
Kleiner-Theater: Die fünf Raimel, 20 Uhr.
Schauburg: X37, Tonbildprogramm.
Union-Theater: Simsalba, Schmalaberbitten, Bildprogramm.
Elefanten: Hauptversammlung der SPD, 20 Uhr.

RESTE

in

**Herrenstoffe
Kleiderstoffe
Seide / Samt
Mantelstoffe
Wäschestoffe
Baumwollstoffe**

SPOTTBILLIG

Leipheimer & Mende

Café-Restaur. 3 Kronen
Kronenstraße 19 - Telefon 5018

Morgen **Schlachttag**
Vorzüglich. Qualitätsweine, Moninger Export-Bier. Gemüthliche Gesellschaftsräume.
Ferdinand Weber.

Arbeiterwohlfahrt
Karlsruhe e. V.

Am Donnerstag, 4. Februar 1932, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus die

General-Versammlung

Rat mit folgender Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Wahlen. 5. Bericht über die Tätigkeit der Mitglieder mit dem Ersuchen um vollzähliges Erscheinen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand:
Kunigunde Fischer.

Gemäße Anträge sind bis 1. Februar beim Vorstand einzureichen.

Gehtende Wirtschaften

in Karlsruhe und Vorort der 1. April zu beenden. Angebote unter Nr. 689 an den Volksfreund erbeten.

A. Werthhammer
MALERMEISTER
Luisenstraße 37, Tel. 7365
Ausführung aller Maler-Arbeiten
solid und preiswert.

Ei ist Ei nicht Ei

Es ist nicht gleich, ob Sie irgend ein beliebiges Ei in Ihrem Haushalt verwenden! Millionen Ausland-Eier werden täglich in Deutschland verbraucht, dabei ist das Ausland-Ei naturgemäß 3-4 Wochen alt, unser Farm-Ei dagegen gelangt nach 3-8 Tagen zum Verbraucher und stammt außerdem aus sauberen Ställen und von bestgeeigneten Hühnern, die nur Qualitätsfuttermischungen vorgesetzt bekommen.

Kaufen Sie darum nur unsere doppelirischen **Farm-Eier**
Eine Delikatesse f. d. Frühstückstisch - Für Kranke u. Genesende die gegebene Nahrung.

Phanko Farm-Ei
schwer 10 Stück 1.30
schwerste 10 Stück 1.40

Pfannkuch

Der Blitz vom Mittwoch

Büstenhalter -78
aus extra feinem Trikot, elegant garniert m. Spitze und kunstseiden. Trägern

Gezeichnete Nessel-Schürze -40
für Damen

Gezeichnete Damen-Schürze 1.-
Künstliche Wäsche, hübsche Pastellfarben, auch schwarz

BURCHARD

Das deutsche Turnen im Dienste der Winterhilfe

Sonntag, 24. Januar, nachm. 3.30 Uhr in der Städtischen Festhalle großes

Schauturnen zu Gunsten der Winterhilfe

veranstaltet vom Karlsruher Turnverein 1846

Kinderrollen und -spiele, Massensportübungen, rhythmische Gymnastik, Sprechchöre

Großer Bewegungs- und Sprechchor 600 Mitwirkende

Numerierte Karten (Saal) 1. Mk. Unnumerierte Karten (Galerie) 0.50 Mk. Vorverkauf bei Buchhändler Schick, Waldstr.; Sporthaus Freudenleib und Sporthaus Müller.

Allgemeine Ordinantentasse
Karlsruhe.
Öffentliche Zahlungserinnerung.
(Mahnung.)

Die Arbeitgeber haben bekanntlich die Beiträge für den abgelaufenen Monat für die Verbindlichkeitspflichten fest in der Zeit vom 4. bis 15. des folgenden Monats am Kassenhalter einzusenden. Diejenigen Schuldner, welche mit der Zahlung für den abgelaufenen Monat im Voraus sind, werden hiermit aufgefordert, längstens innerhalb 3 Tagen Zahlung zu leisten, andernfalls ohne Weiteres die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden dürfte. Eine Abholung der Beiträge findet nicht mehr statt.

An diejenigen Arbeitgeber, welche die Beiträge auf Grund des besetzten Lohnes innerhalb 3 Tagen nach jeder Lohnzahlung abzuführen haben und mit der Zahlung ebenfalls im Voraus sind, ergeht die gleiche Zahlungserinnerung.

Karlsruhe, den 20. Januar 1932.
Der Kassenvorstand.

Wohndiener
Mark 130.—
Wie ist das möglich? werden Sie fragen. Bitte bemühen Sie sich zu uns und lassen Sie sich diese und die anderen 60 Räume unverbindlich zeigen. — Sie werden über den Preis dieser Wohndiener überrascht sein, wenn Sie folgende sehen. Das Wärfel ist wirklich schwer gearbeitet, innen ganz ausgelegt, mit Kabinenraum und Schließkasten, reichlich mit Kirschbaum eingeleitet. Ferner gehört dazu 1 Kuchenschrank, 1 Tisch mit Vinylum, 2 Stühle und 1 Stuhl. — Wir sind auch bereit, Ihre alte Küche in Zahlung zu nehmen, den Rest können Sie bequem in Raten bezahlen. — Wenn Ihnen das noch mehr erzieht als bei uns?
Wohndiener
Marx Kahn
Waldstraße Nr. 22 (neben Kolonnen).

Wohndiener
Mark 130.—
Wie ist das möglich? werden Sie fragen. Bitte bemühen Sie sich zu uns und lassen Sie sich diese und die anderen 60 Räume unverbindlich zeigen. — Sie werden über den Preis dieser Wohndiener überrascht sein, wenn Sie folgende sehen. Das Wärfel ist wirklich schwer gearbeitet, innen ganz ausgelegt, mit Kabinenraum und Schließkasten, reichlich mit Kirschbaum eingeleitet. Ferner gehört dazu 1 Kuchenschrank, 1 Tisch mit Vinylum, 2 Stühle und 1 Stuhl. — Wir sind auch bereit, Ihre alte Küche in Zahlung zu nehmen, den Rest können Sie bequem in Raten bezahlen. — Wenn Ihnen das noch mehr erzieht als bei uns?
Wohndiener
Marx Kahn
Waldstraße Nr. 22 (neben Kolonnen).

Der Pfennig bekommt wieder Wert

Noch hat das deutsche Volk viel zu verlieren. Arbeitsrecht und Tarifvertrag sind wichtige Waffen im Kampfe um die Lebenshaltung aller Schaffenden und Arbeitenden. Mit den Gewerkschaften kämpft auch die sozialdemokratische Zeitung um die Rechte der Arbeiterklasse. Ungezählte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter lesen nur ihre Zeitung, die sozialdemokratische Zeitung. Nur unser Volksfreund in Mittelbaden berichtet eingehend über das Gewerkschafts- und Berufsleben und ist objektiver Sachwahrer aller wirtschaftlichen Begebenheiten. Darum lesen Sie alle nur unsern Volksfreund!

Kurzwwaren

heute notwendiger, denn je!

Aus unserer großen Spezial-Abteilung:

Nähfaden 3 fach 1000 Meter-Rolle	38.-	Nähfadeln 5 Brief & 25 Stück	9.-
Glanzstopfzwist 20 Knäuel im Karton	30.-	Zentimetermaß 150 cm lang	7.-
Handfaden Nr. 12 100 Mtr.-Rolle	9.-	Haushaltschere extra groß	45.-
Schlüpfergummi 3 Mtr.-Karte	8.-	Hosenknöpfe 12 Dtzd.-Karton	22.-
D.-Strumpfhalter Paar	10.-	Perlmutter-Knöpfe 4 Dtzd.-Karton	22.-
Sockenhalter und Aermelhalter Garnit.	20.-	Sicherheitsnadeln 3 Dtzd. & Bögel	10.-
Schuhnestel 70 u. 100 cm lang 10 Paar	22.-	Halbleinenband 3x2 Mtr. zusammen	12.-
Hutständer farblich lackiert	23.-	Schneiderinnen-Büsten mit Ständer	14.90
Kleiderbügel Kunstseide übersponnen	22.-	Strumpfhalter-Gürtel Damassé, 4 teilig	48.-
Kragonknöpfe sortiert Dtzd.	10.-	Nadelmappen 48 Nähn- u. Stopfnad. Mappe	10.-
Wolle		Spitzen	
Strickwolle schw. grau . . . 50 gr Lage	22.-	Hemdenstr.-Stickerel	14.-
Sportwolle 2farbig 50 gr	28.-	Wäschestickerel gute Qual., schöne Must. Mtr.	18.-
Schweißwolle schw., grau, meliert, 100 gr	1.10	Eleg. Wollborten in allen Modelfarben, 35.5	28.-
Seidenwolle „Schöller“ 50 gr	50.-	Wollbinden für Kragen u. Manschetten reiche Ausführung - Meter	1.75
Futterstoffe		Damassé für Mantel u. Kostüme	
Damassé Kunstseide Meter 1.25	75.-	Damassé in. Qualität Kunstseide - Meter 2.25	1.75
Serge Kunstseide Meter 1.45	75.-	Serge Halbwole 140 cm breit Meter	1.95
Viele Tausend Meter Knoppspitzen und Einsätze ganz besonders billig		Ein großer Posten Rame-Linien-Knoppspitzen	
8 cm br. 14.- 10 cm br. 16.-		schöne dicke Muster, ca. 10 cm breit Meter	32.-

Beachten Sie bitte unsere Fenster Nr. 2 u. 3 Kaiserstr.

Im Erfrischungsraum:
SÜßER NACHMITTAG
mit Konzert

KNOPF

WINTER 1931 1932

wir wollen helfen!

Gibt bitte alle zur Winterhilfe 1931/32

JOHANN VOGEL
Elektrotechn. Installationsgeschäft
Werderstraße 1 Telefon 4262
Ausführung von elektrischen Licht-, Kraft- und schwachstromanlagen
Beleuchtungskörper Motoren, Telefon, Türöffner usw.

Öffentliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Der auf 28. Januar 1932, nachmittags 3 Uhr, bestimmte Zahlungsfristtermin gegen Haus-Gesellschaft m. b. H., Kaiserstraße 25, findet nicht statt.

Karlsruhe, den 16. Januar 1932.
Badisches Notariat II
- Vollstreckungsgericht. -

Bürgerauschussversammlung.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerauschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf

Mittwoch, den 27. Januar ds. Jh.,
pünktlich 18 Uhr,
in den Bürgeraal des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Abhöre der städtischen Rechnungen der Jahre 1925, 1926 und 1927 (11 und 23)
2. Dienstfähigkeitsprüfung der Stadträte (23)
3. Aenderung der Verbindlichkeitsbedingungen der Straßenbahn (26)
4. Sentung der Gas- und Strompreise (26)
5. Sentung der Schlacht- und Viehhofgebühren (33)
6. Ernennung eines Gemeinderichters und seines Stellvertreters (34)

Zur Regelung des Zutritts zum Ratskammeraal (Galerie des Bürgeraaals) bei der Versammlung habe ich angeordnet, daß Zutrittskarten ausgegeben werden, die allein zum Zutritt berechtigen. Eine bestimmte Anzahl dieser Zutrittskarten wird den Führern der Fraktionen im Stadtrat bzw. Bürgerauschusses verteilt. Zur Verfügung gestellt werden, weitere Karten gibt die Rathskammeraal, Rathaus, II. Stock, Zimmer Nr. 69, ab.

Karlsruhe, den 19. Januar 1932.
Der Oberbürgermeister.

Wohndiener
Mark 130.—
Wie ist das möglich? werden Sie fragen. Bitte bemühen Sie sich zu uns und lassen Sie sich diese und die anderen 60 Räume unverbindlich zeigen. — Sie werden über den Preis dieser Wohndiener überrascht sein, wenn Sie folgende sehen. Das Wärfel ist wirklich schwer gearbeitet, innen ganz ausgelegt, mit Kabinenraum und Schließkasten, reichlich mit Kirschbaum eingeleitet. Ferner gehört dazu 1 Kuchenschrank, 1 Tisch mit Vinylum, 2 Stühle und 1 Stuhl. — Wir sind auch bereit, Ihre alte Küche in Zahlung zu nehmen, den Rest können Sie bequem in Raten bezahlen. — Wenn Ihnen das noch mehr erzieht als bei uns?
Wohndiener
Marx Kahn
Waldstraße Nr. 22 (neben Kolonnen).